

1. / 1. 1918

Die Wiener Hausfrauen und das Wahlrecht.

Früher, als man es heute denkt, wird die Frage an jede Wiener Hausfrau herantreten, wie sie sich zum Wahlrecht stellt. Die Führerinnen aller fortschrittlichen Frauengruppen werden, nachdem die Regierung ihre Erklärung, daß sie gegen das Frauenwahlrecht künftig nichts einzuwenden habe, den sozialdemokratischen Abordnungen in bindender Form abgegeben hat, nicht mehr ruhen, bis diesem Worte auch die Tat und die Durchführungsmöglichkeit gefolgt ist.

Schon lange vor dem Krieg hat die Reichsorganisation der Hausfrauen Oesterreichs, zu deren Gründung der notwendige Kampf gegen die immer steigende Steuerlast geführt hat, in mühevoller Aufklärungsarbeit den Hausfrauen die Zusammenhänge klar zu machen versucht, die zwischen den Sorgen und Erschwernissen ihrer eigenen Wirtschaftsführung und der Verwaltung des kommunalen Haushaltes bestehen. Wie sich die Gemeindevorstehung in der Lebensmittelfrage verhält, von welchen Gesichtspunkten aus die Marktorganisation geleitet wird, ob es gilt, lediglich die Interessen des steuerzahlenden Kaufmannes und der genossenschaftlich organisierten Klein- und Großhändler in den Vordergrund zu schieben, oder ob die Zeit gebietet, solche Markt- einrichtungen zu schaffen, daß die unter der Last ihrer Wirtschaftsführung schwer bedrückten einkaufenden Hausfrauen den Schutz der Gemeinde spüren, das ist ein grundlegender Faktor für die Wohlfahrt im Haus jeder einzelnen Frau. Ob in der Gemeindefürsorge Hausherren- paralit getrieben wird, ob man die Preise des Bodens und der Realitäten ins Ungemessene ansteigen läßt, oder ob von allem Mieterschutz- gesetz durch Drosselung der Zinssteigerung die Familien des Bürgerstandes vor der drohenden Proletarisierung schützen sollen, ob die städtischen Einrichtungen auf dem Gebiete des Säuglings- und Kinderschutzes die Ausbreitung der Tuberkulose hemmen und die Ansiedlungsherde der Großstadt herringern, oder ob man die Sterblichkeit und die Erkrankungs ziffer ohne Einhalt zu gebieten ansteigen läßt, das alles geht die Frauen und Mütter in ihrer Gesamtheit an und das ist Gemeindevorstellung, auf die die Frauen und Mütter in ihrem ureigensten Interesse und, was ihnen noch wichtiger erscheint, im Interesse ihrer Kinder Einfluß nehmen müssen.

Das selbe gilt für die Schulfragen, die des mütterlichen Einschlages zu ihrer Lösung bedürfen. Und wenn wir wochenlang auf unseren Straßen in grundlosem Not waten müssen, wenn wir die Mistriegerln tagelang gefüllt auf dem Bürgersteig stehen sehen oder deren Inhalt schließlich wahllos auf der Straße entleert und zur Verbreitung der Bakterien vom Wind in die Luft gewirbelt wird, oder wenn das Glatteis, das die Straßen und Steige bedeckt, die größten Gefahren für Menschen und Zugtiere zur ständigen Qual erwachsen läßt, dann müssen wir Frauen auch wieder unwillkürlich an den Zusammenhang zwischen der Gemeindevorstellung und dem persönlichen Interesse des Einzelnen denken. Gewiß, die Erschwernisse des Krieges bieten nirgend so unüberwindliche Hindernisse als gerade in der Durchführung der Arbeit der Gemeinde. Ist aber nicht hier wieder ein Fingerzeig gegeben, daß der Mangel an männlicher Arbeitskraft nicht nur, was die ausführenden Organe anbelangt, sondern auch was die schöpferische und verwaltende

Tätigkeit der Großstadtvorstellung betrifft, die Heranziehung der verfügbaren weiblichen Arbeitskräfte zur dringenden Notwendigkeit des Augenblicks macht?

Die Gemeindevorstellung der Frauen, an der bisher nur einige wenige Anteil hatten, wird eine allgemeine werden. Die Zeit, die uns noch von dieser neuen Epoche trennt, muß dazu ausgenützt werden, daß den Frauen die richtige Erkenntnis wird von der Bedeutung ihrer Mitarbeit auf allen Gebieten des Gemeindevorstellens. Frei von aller politischen Kampflust, lediglich erfüllt von dem Wunsche nach hilfebringender Arbeit, mögen die Frauen ihren Anteil nehmen an der Neugestaltung des kommunalen Aufbaues nach der Zerstörung des Krieges. Sie mögen zur Ueberzeugung kommen, und dieser auch im allgemeinen zum Durchbruch verhelfen, daß bei den übermächtigen Aufgaben, die auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und kulturellen Wiederaufrichtung jetzt von den Kommunen geleistet werden müssen, in den Stadtratsstufen kein Platz mehr sein darf für Parteien- zank, für nationalen, konfessionellen und Klassen- kampf. Zu einmütiger, friedlicher Wirtschaftsarbeit müssen die Bürger und Bürgerinnen, denen das Vertrauen der Bevölkerung die Verwaltung der Kommune überträgt, über alle Gegensätze persönlicher Weltanschauung hinweg sich die Hände reichen, damit alle verfügbaren Kräfte, alle von der Zerstörung des Krieges noch frei gebliebenen Energien zu einem Ziele sich vereinigen, zur Wiederherstellung gelunder Lebensmöglichkeiten für die schwerleidende Menschheit.

Selene Granitsch.